

42. Europaministerkonferenz der deutschen Länder am 06. / 07. Juni 2007 in Brüssel

TOP 10: Neue Nachbarschaftspolitik der EU
Berichterstatter: Berlin, Sachsen

Beschluss

1. Die Europaminister und -senatoren unterstützen die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Sie sehen in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit eine geeignete Alternative für Nachbarstaaten der EU ohne Beitrittsperspektive. Die Unterstützung und Stabilisierung dieser Staaten, die Stärkung der Demokratie und ihre stärkere wirtschaftliche Entwicklung liegt auch im Interesse der Länder. Gleichzeitig sind auch die Rückwirkungen auf die EU zu berücksichtigen.
2. Die Europaminister und -senatoren begrüßen, dass die Kommission in ihrer Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik die ENP deutlich von dem EU-Erweiterungsprozess abgrenzt.
3. Die Europaminister und -senatoren erkennen die in der praktischen Umsetzung der ENP erzielten Fortschritte an, wie sich diese aus den Fortschrittsberichten zu den Aktionsplänen der einzelnen Teilnehmerländer der ENP ergeben.
4. Die Europaminister und -senatoren unterstützen das Ziel der Kommission, im Rahmen der ENP mit den Partnerländern zu tief greifenden und umfassenden Freihandelsabkommen sowie zur Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse zu gelangen. In diesem Zusammenhang muss aber gewährleistet werden, dass die jeweiligen Partnerländer auch nachhaltig in der Lage sind, die sich aus den Abkommen jeweils ergebenden Verpflichtungen einzuhalten.

5. Die Europaminister und -senatoren erkennen an, dass der freie Personenverkehr ein maßgeblicher Faktor für die Förderung von Handel und Investitionen ist und dass die Mobilität für alle ENP-Partner von entscheidender Bedeutung ist. Die Europaminister und -senatoren stimmen jedoch darin mit der Kommission überein, dass Erleichterungen bei der Einreise in die EU in einem größeren Zusammenhang behandelt werden müssen, um insbesondere Visa-Missbräuche und illegale Migration zu vermeiden. Dabei sind insbesondere die Bemühungen um ein gemeinsames VIS-Informationssystem zu berücksichtigen.

6. Unter Berücksichtigung des Vorgenannten unterstützen die Europaminister und -senatoren die Förderung direkter Kontakte durch Maßnahmen des Jugendaustauschs, der Förderung der Mobilität von Wissenschaftlern, des Erfahrungsaustausches von Unternehmen und Unternehmern und durch zivilgesellschaftlichen Austausch, insbesondere im Rahmen von Städtepartnerschaften.